

EUCPN Best Practice Conference (BPC): Violent Street Crime London, One Whitehall Place, 6. / 7. Dezember 2005

1. Teilnehmer, Verlauf und Arbeitsweise

Thema der BPC war „Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum / gewalttätige Straßenkriminalität“. Delegationen aus den EU-Staaten Österreich, Belgien, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien, Schweden, Großbritannien, Zypern sowie Teilnehmer mit Beobachterstatus aus Kroatien und Rumänien waren vertreten, insgesamt ca. 100 Personen. Für Deutschland haben die Herren MR Otto Bönke (BMJ, am 6.12.), Wolfgang Kahl (DFK, Delegationsleitung), Erich Marks (Landespräventionsrat Niedersachsen), Edgar Hemmerich (Stuttgart, Projekt >Gute Fee<), Siegfried Löprick (Göttingen, Projekt >Kontakt<), Andreas Kohl und Marcus Kober (Europäisches Zentrum für Kriminalprävention, EZK als Beobachter) teilgenommen.

Die Konferenz wurde von der Baroness Henig of Lancaster als britische Gastgeberin und Tagungsvorsitzende eröffnet und moderiert. Die Veranstaltung verlief in einem Wechsel zwischen Vorträgen, Diskussionen und Arbeitsgruppen. Höhepunkt war die Verleihung des European Crime Prevention Award (ECPA) im Rahmen der Abendveranstaltung des 6. Dezembers.

Als Ziele der BPC waren neben dem thematischen Wissensaustausch zwischen den Delegationen auch die informelle Netzbildung benannt. Allerdings um durch einen strukturierten Erfahrungs- und Wissensaustausch die vielfach erwarteten Nutzen- und Effizienzgewinne realisieren zu können, bedarf es aus Sicht vieler Teilnehmer auch infrastruktureller Voraussetzungen, die häufig nicht ausreichend vorhanden sind: Man hoffe, dass sich entsprechende Einsichten in den Mitgliedstaaten durchsetzen und zu Konsequenzen führen werden.

2. Thema und Inhalte

Die Themenwahl „*Violent Street Crime*“ hatte den Hintergrund, dass in Großbritannien gewalttätige Straßenkriminalität mancherorts erschreckende Ausmaße angenommen hat und dringenden Handlungsbedarf verursacht. Entsprechend dramatische Lagebilder und Entwicklungstendenzen wurden von englischen und schottischen Vertretern im Verlauf der Konferenz geschildert.

Moira Wallace, Generaldirektorin der Crime Reduction and Community Safety Group des Home Office, eröffnete den inhaltlichen Teil der Konferenz und gab einen Überblick über die Lage zur Gewaltkriminalität in Großbritannien. Durch Jugendliche begangene Gewalttaten auf den Straßen, insbesondere in Verbindung mit Alkoholkonsum, stellen dort eine ernste Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dar. Insbesondere das so genannte *Binge Drinking*, also das vorsätzliche und schnelle Betrinken, hat zu Reaktionen der Regierung geführt. Es wurde zum 1. Dezember 2005 die Bestimmung zur traditionellen Ausschanksperrstunde um 23.00 Uhr für Pubs modifiziert. Die Neuregelung bedeutet allerdings nicht eine generelle Freigabe, denn die Gaststätten müssen nun eine Lizenz kaufen, wenn sie nach 23.00 Uhr Alkohol ausschenken wollen. Infolgedessen hat sich in der Praxis noch nicht viel geändert. Es wird sich zeigen, ob die Freigabe letztlich positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Gewaltkriminalität haben wird.

Die bedenkliche Entwicklung bei der Zahl der *Straßenraube* und insbesondere beim *Gebrauch von Waffen* auf den Straßen Großbritanniens hat dazu geführt, dass hier ebenfalls ein aktueller Schwerpunkt der britischen Kriminalpolitik liegt.

Simon King, Leiter der Abteilung *Violent Crime Strategy* des *Home Office*, erläuterte anschließend im Rahmen eines Interviews durch die Tagungsvorsitzende die aktuelle Lage und die rechtlichen Gegenstrategien der Regierung. Er betonte die aus dem *British Crime Survey* (eine seit 1995 durchgeführte repräsentative Bevölkerungsbefragung mit 45.000 Teilnehmern) ersichtliche Reduktion der Gewaltkriminalität insgesamt um beachtliche 43% seit 1995, bei allerdings zunehmender Zahl schwerer Gewaltdelikte. Auch hat sich das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nicht verbessert, was zum Teil auf die Berichterstattung über Kriminalität zurückgeführt wird.

Der britischen Regierung bereiten insbesondere Teilaspekte der Gewaltkriminalität große Sorgen. So steigt zum einen die *Gewalt gegen Fremde*, zum anderen die *Nutzung von Feuerwaffen und Messern*. Letzteres hat die Regierung bereits zu deutlichen Gegenmaßnahmen bewogen: So wurde die Mindeststrafe für den illegalen Besitz von Feuerwaffen auf fünf Jahre Gefängnis erhöht, was zunächst eine Zunahme der Verwendung von Imitaten bewirkt hat. Ein nächster Schritt der Regierung wird daher die Umsetzung des *Violent Crime Bill* (Inkrafttreten Anfang 2006) sein:

- Regelungen zur Beschränkung von Import und Verkauf von Imitaten von Feuerwaffen,
- ein Verbot des Verkaufs von Messern an unter 18jährige,
- so genannte *Drinking Bans*, die unter Nutzung von Alkoholtests Alkoholverbote zwischen 2 Monaten und 2 Jahren ermöglichen,
- die Erlaubnis für Lehrer, Schüler präventiv nach Waffen, insbesondere Messern, zu durchsuchen, sowie
- die Möglichkeit der Polizei, bei gefassten Tätern mit entsprechender Gefahrenprognose 48 Stunden Gewahrsam (ohne richterlichen Beschluss) zu vollziehen

Nach diesen englischen Erfahrungen schilderte *Luis Elias*, Leiter der *Crime Prevention Division* der portugiesischen Polizei, die dortige Strategie im Kampf gegen *Drogenkriminalität* und damit im Zusammenhang stehenden Gewaltphänomenen.

Im Anschluss an die ersten drei Vorträge wurden die Teilnehmer in *Arbeitsgruppen* aufgeteilt, um zu den Themen *„Gun Crime“*, *„Knife Crime“* sowie *„Drug-/Alcohol-related Violence“* Wissen und Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren.

Neben einer Auflockerung der Konferenzatmosphäre bot die Gruppenarbeit auch Gelegenheit, die anderen Teilnehmer besser kennen zu lernen und informelle Kontakte zu knüpfen. Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen wurden in Form von Plakaten im Auditorium ausgestellt, so dass alle Teilnehmer sich über die Arbeit der anderen Gruppen informieren konnten.

Nachmittags wurden zunächst im Rahmen einer Fragerunde Aspekte einer besseren Integration der Opferperspektive in Kriminalpolitik und Projektarbeit angesprochen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf sich auch zeigte, wie unterschiedlich nach wie vor das Verständnis von Kriminalprävention in den verschiedenen Staaten der EU ist.

Am zweiten Konferenztag wurde zunächst die Gruppenarbeit zu Aspekten der Prävention von „violent street crime“ fortgesetzt. Dabei wurde auch das Projekt „Gute Fee“ aus Stuttgart vorgestellt (vgl. www.stuttgart.de/kriminalpraevention).

Es folgten Vorträge zur Situation in Schottland. Zunächst gab *Gery McLaughlin, Leiter der Sektion Strafrecht beim Scottish Executive Justice Board, einen Überblick über die Lage zum Thema "Knife Crime"*. Unter anderem soll dem Problem in Schottland durch rechtliche Maßnahmen entgegengewirkt werden. Dazu gehören u.a. die Verdoppelung der Strafe für das Mitführen eines Messers auf öffentlichen Plätzen von zwei auf vier Jahre, eine Erhöhung des Mindestalters zum Kauf von Messern von 16 auf 18 Jahre, Maßnahmen zur Kontrolle des Verkaufes von gefährlichen Messern und Schwertern durch Lizenzierungen von Verkaufsstellen sowie eine Erweiterung der Festnahmerechte der Polizei bei entsprechenden Verdachtslagen.

Nach der Schilderung der rechtlichen Situation erläuterte *Karyn McCluskey, stellvertretende Leiterin der Violence Reduce Unit der Strathclyde Police, das Lagebild und die Bekämpfungsperspektiven aus Sicht der Stadt Glasgow*. Anhand von Aufnahmen aus Videoüberwachungskameras führte sie zunächst vor, wie notwendig eine bessere Bekämpfung der mit Alkoholkonsum verbundenen Straßengewalt unter Nutzung von Waffen, meistens Messern, ist. „Jagdszenen“ aus den Straßen Glasgows waren zu sehen, in denen Jugendliche sich mit Messern und Macheten bekämpften. In allen gezeigten Fällen war die Polizei in wenigen Minuten vor Ort, konnte zwar die Tat nicht mehr verhindern, aber die Täter festnehmen. In nächster Zeit sollen die vielen Videoüberwachungskameras in Glasgow mit Laserpointern ausgerüstet werden, um den Tätern damit sofort nach einer Feststellung durch die Teams der Monitorüberwachung optisch zu signalisieren, dass sie bemerkt werden, um so die Tatfortsetzung ggf. zu verhindern. Es wird sich zeigen, ob die gewünschte Wirkung eintreten wird. Bei aller Technikbegeisterung einiger Konferenzteilnehmer wurde allerdings auch klar, dass zu einem integrierten Konzept der Bekämpfung von Gewaltkriminalität auf Glasgows Straßen insbesondere auch die Arbeit mit den Jugendlichen und deren Familien gehört.

Von Konferenzteilnehmern wurde darauf hingewiesen, dass viele Fälle von schwerer Gewalt auf die Unfähigkeit junger Männer zurück zu führen sind, Konflikte anders als unter Anwendung von Gewalt zu lösen, insbesondere bei Alkoholeinfluss und durch gruppenspezifische Effekte verstärkt. Gerade die Verbesserung der Konfliktlösungskompetenz männlicher Jugendlicher könnte diesbezüglich möglicherweise präventive Wirkung entfalten.

Märt Kõrgmaa, Leiter der Crime Prevention Unit der Central Law Enforcement Police in Tallin, Estland schilderte ausführlich die Kriminalitätsprobleme seines Landes nach Fall des Eisernen Vorhangs und darauf folgendem Systemwandel und EU-Beitritt. Die polizeiliche Kriminalprävention konzentriert sich u.a. auf verschiedene Delikte der Straßenkriminalität durch erhöhte Präsenz, Schwerpunkteinsätze, Technikeinsatz und Gewahrsamnahmen. Begleitet werden diese Maßnahmen durch Öffentlichkeitsarbeit, die die Bürger auf besondere Risiken hinweist. Erste Ansätze zur Kooperation der Polizei mit anderen relevanten Behörden und Einrichtungen werden erprobt, insgesamt bedarf es dazu noch erheblicher Vertrauensbildung.

Die Tagungsvorsitzende dankte zum Schluss allen Teilnehmern sowie dem Veranstalter und wies auf die nächste Best-Practice-Konferenz im Herbst 2006 in Helsinki/Finnland hin.

3. Europäischer Präventionspreis – European Crime Prevention Award (ECPA)

Erstmals wurde der European Crime Prevention Award als Preis des EUCPN vergeben. Bis dahin waren nur einzelne Mitgliedstaaten beteiligt. Thematisch war der diesjährige Wettbewerb an das Tagungsthema „Violent Street Crime“ gekoppelt, die teilnehmenden Projekte sollten also die Prävention der Straßenkriminalität beziehungsweise der damit einhergehenden Kriminalitätsfurcht betreffen. Jeder EU-Mitgliedstaat war aufgefordert ein Projekt zu nominieren. Insgesamt wurden allerdings nur zehn Vorschläge eingereicht.

Als deutscher Beitrag war das Projekt „Kontakt“ aus Göttingen nominiert, das sich mit der Integration von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen befasst, die von Problemen wie Drogensucht, Obdachlosigkeit, familiärer Gewalt oder Missbrauch betroffen sind. Im Rahmen eines Netzwerkes arbeiten unterschiedliche relevante Institutionen daran, diesen jungen Menschen zu helfen.

Vor der Preisverleihung bot sich die Gelegenheit, sich im Rahmen eines „Marktplatzes“ über die 10 Projektvorschläge zu informieren. Alle Kurzbeschreibungen der Projekte sind über die Homepage www.eucpn.org verfügbar.

Preisträger 2005 ist ein Projekt aus Utrecht / Niederlande, das die Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls im dortigen Bahnhofsbereich zum Gegenstand hat und in 2005 auch schon den niederländischen Hein-Roetloff-Präventionspreis gewinnen konnte. Nach der Laudatio durch Baroness Henig of Lancaster und den Dankesworten der anwesenden Vertreterin des Projektes bekam diese einen Pokal und einen Scheck über die Preissumme von 20.000 Euro überreicht.

Das anschließende Dinner bot den Teilnehmern dann Gelegenheit, die Themen des Tages in gemüthlicher Atmosphäre zu vertiefen.

4. Fazit

Insgesamt bot die Konferenz den Teilnehmern erneut Gelegenheit, sich sowohl über kriminalpolitische Fragestellungen als auch über kriminalpräventive Projekte und Ideen in den EU-Staaten zu informieren und auszutauschen.

Die inhaltliche Begrenzung auf insbesondere in Großbritannien virulente Probleme hatte zur Folge, dass zunächst auch die dortigen Präventionsansätze im Vordergrund der Diskussion standen. In den Arbeitsgruppen konnten von deutscher und auch skandinavischer Seite entsprechende Hinweise auf ein eher *ursachenorientiertes Präventionsverständnis* und damit verbundene Konzepte gegeben werden.

Erstaunlich war, dass trotz starker Fokussierung auf britische Verhältnisse das Thema „Videoüberwachung – Nutzen(-grenzen)“ auch auf Nachfrage nur am Rande aufgegriffen wurde.